

Am Donnerstag dieser Woche, wenn Frankreichs Staatspräsident François Mitterrand vor dem Bundestag spricht, wird Herbert Wehner voraussichtlich zum letzten Mal auf dem Stuhl Platz nehmen, den er ausdauernd wie kein anderer Abgeordneter gedrückt hat.

Jene, die ihm unterstellten, ein Wehner lasse sich nur „mit den Füßen nach vorn aus dem Parlament tragen“, hat er mit dem „Schlüsselsatz“ (Terjung) seines Hamburger Abschiedsbriefs eines Besseren belehrt: „Ich bitte herzlich darum zu verstehen, daß es für mich eine Entscheidung ist, die 34 Jahre auf anständige Weise zu beenden.“

## ABGEORDNETE

### Sponti auf neuen Wegen

**Der erste alternative Abgeordnete für den neuen Bundestag ist praktisch bereits gewählt: Dirk Schneider von der Berliner AL.**

Die rund 700 Vertreter der Berliner „Alternativen Liste“ (AL) saßen im „Schultheiss in der Hasenheide“ an weißgedeckten Tischen, als sie am Donnerstag vergangener Woche ihren ersten Abgeordneten für den Deutschen Bundestag wählten. Im rein formalen Ablauf ging es ähnlich zu wie auf einem Parteitag der Etablierten: Stimmkarten wurden nur gegen Mitgliedsausweis ausgegeben; eine Antragskommission sondierte Beschlüßvorlagen; die Redezeit war begrenzt.

Doch schon der erste von sieben Bundestagskandidaten, der Erzieher Armin Emrich, 33, fiel aus dem Rahmen: Er verlangte, „demonstrativ auf die Liste Ausländer und 'nen Knacki zu setzen“. Der Antrag ging jedenfalls zur Hälfte durch. Auf Platz eins der Liste wurde der Türke Cihan Arin, in Berlin promovierter Architekt und Mitarbeiter der Internationalen Bauausstellung (IBA), mit 427 von 626 abgegebenen Stimmen gewählt – ein rein „symbolischer Akt“ (Arin), denn in den Bundestag können nur Deutsche.

So glatt wie der Geisterkandidat kam keiner mehr durch. Mehrere Wahlgänge waren erforderlich, um eindeutige Mehrheiten für zwei Volksvertreter herauszufiltern, die sich nach AL-Rotationsprinzip das einzige Mandat teilen sollen. Die Nominierung ist verbindlich. Die Berliner Bundestagsabgeordneten werden vom Landesparlament entsprechend dem Vorschlag der Fraktionen gewählt.

In das neue Bonner Parlament wird zunächst der Reporter-Assistent des „Sender Freies Berlin“, Dirk Schneider, 43, einziehen. Von 656 abgegebenen Stimmen erhielt er 331. Zur Halbzeit soll ihn die mit 249 Stimmen bedachte Gerichtsreferendarin Rebekka Schmidt, 28, ablösen. Für Polit-Strafverteidiger Hans-Christian Ströbele reichte es nur zum Reservisten auf Platz vier.



**Nominierter AL-Politiker Schneider**  
Der einzige Exot?



**Türkischer AL-Kandidat Arin**  
„Symbolischer Akt“

Der Wahlausgang macht deutlich, daß es in der AL nach wie vor dogmatische und undogmatische Gruppierungen gibt, doch ideologisch ungebundene Systemveränderer stellen die knappe Mehrheit. Während die unterlegene Rebekka Schmidt ihr politisches Engagement einst im „Umkreis der KPD“ auslebte, nennt sich der von der Vollversammlung bevorzugte Schneider einen „Apo-Opa“, der heute „am ehesten“ als „Sponti neue Wege suchen“ möchte.

Auf bloße Show-Effekte andererseits will sich die Berliner AL nach mehrjähriger parlamentarischer Erfahrung auf Bezirks- wie Landesebene nicht mehr kaprizieren. Die „sehr vernünftige Forderung“ nach „Arbeitslosigkeit für alle“ des Spontan-Kandidaten Stefan Buchenau, der sich auf die AL-Kicker im „FC Igel“ als „einzige Basis“ berief, löste nur noch Heiterkeit aus.

Die Aussage des Kandidaten Emrich (neun Stimmen), der „Parlamentarismus“ sei nichts weiter als „lächerlich, ein Kasperle-Theater“, zündete so wenig wie das Ökologie-Bekanntnis des Kandidaten Ernst-Randolf Lochmann, FU-

Professor für Molekular- und Strahlenbiologie (31 Stimmen). Aufgenommen hingegen wurde hoher Anspruch im Friedensbereich, „speziell die Verankerung der Idee eines atomwaffenfreien Europas“, die sich die Referendarin Schmidt „in den Kopf gesetzt“ hat, und auch noch der pointierte Verbalradikalismus des Rechtsanwalts Ströbele: „Ausrüstung bis hin zur Volksbewaffnung.“

Doch gleichgültig, welche AL-Tonlage per imperativem Mandat zu vertreten sein werde – das künftige MdB Schneider will sie in Bonn zu Gehör bringen. Der in Rostock geborene Sohn einer Germanistin und eines Lehrers sieht seine Aufgabe vor allem darin, die „Gesamtheit der Gedanken, die in der AL vorhanden sind, mitzutragen“ und sich an deren „Beschlüsse zu halten“ entsprechend seiner schlichten Prämisse: „Was die Basis der AL denkt, das denke ich auch.“

In etlichen Lagern erprobt ist Schneider, einer der Mitbegründer der Berliner AL, durch seine vielfältigen Bemühungen, „eine überzeugungskräftige linke Oppositionsbewegung zu fördern“. Zu Apo-Zeiten brachte er das linksradikale Kampfblatt „Agit 883“ heraus, in dem die RAF ihre ersten Grundsatzklärungen verbreitete; deswegen handelte er sich vorübergehend einen Rausschmiß vom Sender Freies Berlin ein. Seit 1976 arbeitet Schneider bei der Polit-Postille „Radikal“ mit. Vor anderthalb Monaten noch wurde seine Wohnung durchsucht unter dem Verdacht, er habe Propaganda für terroristische Vereinigungen mitzuverantworten.

Für seine Tätigkeit in Bonn begnügt sich Schneider mit allgemeiner Zielvorgabe: Es gehe ihm darum, „die Bedingungen für ein menschliches und sinnvolles Leben zu verbessern“. Falls die Bundesgrünen die Fünf-Prozent-Hürde am 6. März nicht nehmen sollten und er im Bonner Parlament Exot bliebe, will Schneider wenigstens Öffentlichkeitsarbeit leisten: „Dann setze ich mich bei Veranstaltungen mit dem Nimbus des MdB als einziger alternativer Fritze in die erste Reihe und ziehe das Kameraauge auf mich.“

Politisch geriet der ehemalige Vorsitzende der AL-Fraktion im Kreuzberger Bezirksparlament erstmals überregional ins Blickfeld, als mit auf seine Initiative hin dort Sozialdemokraten und Alternative – in Sachen Wohnungspolitik – gemeinsam abstimmen. Ein Vorgang, der als Kreuzberger Modell bundesweit Beachtung fand.

Vor einer etwaigen Kooperation mit der SPD in Bonn allerdings müßte vermutlich eine Frage, die Berliner Alternative seit geraumer Zeit diskutieren, eindeutiger beantwortet werden als bisher, die Gewaltfrage. Auch Schneider persönlich steht noch zu dem biegsamen AL-Wort: „Widerstandsformen müssen die Betroffenen finden, wenn irgend möglich gewaltfrei.“